

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum**  
**am 19.03.2015**

**Tagungsort:** Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,  
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Kögler Stellv. Bezirksbürgermeister

Frau Maler

Herr Weigert Fraktionsvorsitzender anwesend bis 20:05 Uhr, TOP 15

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff

Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender

Frau Metten-Raterink

Frau Osei

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin anwesend bis 20:30 Uhr, TOP 13

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlen:

Frau Herting, Bündnis 90/Die Grünen

Frau Thiel-Youssef, Die Linke

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Herr. Dr. Aubke, Vorsitzender des Seniorenrates

Herr Meier, moBiel

Herr Till, moBiel

Herr Feix, Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Herr Hovermann, Amt für Verkehr  
Herr Meyer, Amt für Verkehr  
Herr Otterbach, ISB  
Frau Steinborn, Bezirksamt Brackwede  
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 7. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

### **Präsentation des Kurzfilms über das Verkehrsaufkommen am Beteleck**

Herr Müller, Ortschaftsreferat Bethel, präsentiert einen von den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel und der Bezirksvertretung Gadderbaum in Auftrag gegebenen Kurzfilm, der das immense Verkehrsaufkommen am Beteleck verdeutlichen soll (*Anmerkung der Schriftführerin: Dieser ist öffentlich einsehbar auf [www.youtube.de](http://www.youtube.de), Stichworte: „Verkehrssituation Beteleck“*). Anschließend diskutiert die Bezirksvertretung über mögliche Lösungswege, die zunächst bei einem gemeinsamen Ortstermin am 25.03.2015 um 07:30 Uhr am Beteleck mit Vertreterinnen und Vertretern des Amtes für Verkehr und Frau v. der Gracht, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, besprochen werden sollen.

### **Verabschiedung und Ehrung von Frau Angelika Warstat**

Frau Pfaff bedankt sich bei Frau Warstat, die aus persönlichen Gründen aus der Bezirksvertretung ausscheidet, und überreicht ihr in Anerkennung für ihre geleistete kommunalpolitische Arbeit eine Urkunde und eine Silbermünze.

### **Änderung der Tagesordnung:**

Auf Vorschlag von Frau Pfaff ergeht folgender

### **Beschluss:**

**Tagesordnungspunkt 15 wird nach Punkt 12 behandelt.**

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

## **Zu Punkt 1**

### **Einführung und Verpflichtung von Herrn Dirk Althoff (Bündnis 90/Die Grünen)**

Frau Pfaff begrüßt Herrn Althoff als Nachfolger von Frau Warstat und stellt fest, dass Herr Althoff durch Annahme der Wahl neues Mitglied der Bezirksvertretung Gadderbaum geworden sei.

Sie verliest die Verpflichtungsformel.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Herr Althoff bestätigt sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag und unterzeichnet die Niederschrift.

-.-.-

## **Zu Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

### **Zu Punkt 2.1 Bohnenbachweg als anliegerfreie Straße**

Frage in der Sitzung vom 19.02.2015:

*Kann der Bohnenbachweg als anliegerfreie Straße ausgewiesen werden?*

Herr Brunnert merkt in diesem Zusammenhang an, dass er die gewählte Formulierung als unglücklich erachte.

Frau Pfaff verweist auf die versandte Antwort der Straßenverkehrsbehörde, die auch Herrn Müller bereits bekannt sei:

Zur Prüfung, ob im Bohnenbachweg ein Durchfahrtsverbot mit dem Zusatz „Anlieger frei“ angeordnet werden könne, sei „ § 45 Abs. 9 Straßenverkehrsordnung (StVO) heranzuziehen, wonach

- Verkehrszeichen und -einrichtungen nur dort anzuordnen seien, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten sei
- insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden dürften, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage bestehe, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in der StVO genannten Rechtsgüter erheblich übersteige.

Durch die Einrichtung als Tempo-30-Zone sei bereits eine Verkehrsberuhigung vorhanden.

Laut Unfallstatistik der letzten 5 Jahre habe es lediglich einen Bagatellunfall gegeben, der auf einen Fehler beim Aus-/Einsteigen zurückzuführen gewesen ist.

Sowohl im Hinblick auf die Verkehrsabläufe als auch auf die Unfallentwicklung in diesem Bereich würden übereinstimmend mit dem Straßenbaulastträger und der Polizei keine besonderen Gesichtspunkte und auch keine zwingende verkehrliche Notwendigkeit gesehen, die ein Durchfahrtsverbot rechtfertigen würden, so dass straßenverkehrsbehördliche Maßnahmen weder erforderlich noch zulässig seien.

Losgelöst von der nicht vorliegenden zwingenden verkehrlichen Notwendigkeit ließe sich durch ein Durchfahrverbot mit dem „Zusatz Anlieger frei“ letztendlich der Durchgangsverkehr nicht wirkungsvoll vermeiden. Dort wo Anlieger einfahren könnten, könne auch jeder andere Verkehrsteilnehmer einfahren. Anlieger - nach der Rechtsprechung - sei jeder, der in einer Straße ein Anliegen (im weitesten Sinn) habe. Eine effektive Überwachung durch die Polizei sei bei einem Zusatz „Anlieger frei“ daher kaum möglich. Daher sei die Straßenverkehrsbehörde schon vor einigen Jahren von der Aufsichtsbehörde (Bezirksregierung Detmold) aufgefordert worden, derartige Regelungen nur noch aufzustellen, wenn auch eine entsprechende Überwachung sichergestellt werden könne. Man müsste schon die Durchfahrt von einer Seite gänzlich auch für Anlieger verbieten, um die Regelung wirksam überwachen zu können und damit eine größere Akzeptanz bei den Verkehrsteilnehmern zu erreichen. Dies würde allerdings zu unzumutbaren Umwegefahrten für die Anlieger und zu Verdrängungseffekten und damit Mehrbelastungen für umliegende (Wohn-)straßen führen.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 2.2 Fragestunde**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

---

**Zu Punkt 3 Genehmigung des öffentlichen Teils von Niederschriften**

**Zu Punkt 3.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.11.2014**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 4. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.11.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 15.01.2015**

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 15.01.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 19.02.2015**

Herr Brunnert merkt an, dass die sich die ehemaligen Räumlichkeiten der Stadtbibliothek an der Wilhelmstraße befinden würden und bittet deshalb unter TOP 5.5 auf Seite 10 der Niederschrift um Streichung des Zusatzes (Stadtbibliothek) ~~am Amerikahaus.~~

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 6. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 19.02.2015 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Brunnert nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 4 Mitteilungen**

**Gadderbaumer Heimatverein**

Frau Schneider teilt mit, dass nunmehr Liquidatoren bestellt worden seien, die innerhalb eines Jahres die Auflösung des Vereins durchführen und auch rechtlich abwickeln würden.

**Fuß- und Radweg entlang der Martinschule**

Frau Pfaff berichtet zu einer Bürgerbeschwerde über zu schnell fahrende Radfahrer und Fast-Zusammenstöße mit Schulkindern auf dem an die Martinschule angrenzenden Fuß- und Radweg. Sie habe in dieser Sache bereits Kontakt mit Herrn Spree, Fahrradbeauftragten der Stadt Bielefeld, aufgenommen und sie hätten sich zunächst darauf verständigt, die Situation im Auge zu behalten und deswegen in Kontakt zu bleiben.

**Amphibienschutzmaßnahmen 2015 im Stadtbezirk Gadderbaum**

Frau Pfaff teilt mit, dass im Stadtbezirk Gadderbaum im Frühjahr 2015 wieder an zwei Straßenbereichen Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt würden. Bei milden Temperaturen und etwas Feuchtigkeit habe die

Amphibienwanderung ganz allmählich Anfang März begonnen.

### **Quellenhofweg**

Nächtliche Straßensperre von 19.00 bis 6.30 Uhr

### **Remterweg**

Hinweisbeschilderung mit aktivierter Blinkleuchte

Das Umweltamt übernehme die Koordination der Maßnahmen. Der Quellenhofweg werde wieder nachts gesperrt. Die Sperrung sei auf die Dauer von 4-5 Wochen begrenzt. Die Hausverwaltungen des Quellenhofs und des Lindenhofs seien informiert. Die Nachtsperre werde in enger Abstimmung mit dem Umweltbetrieb mit Wanderbeginn eingerichtet. Auch in diesem Jahr unterstütze ein Bürger wieder ehrenamtlich den Betrieb der Sperre. Alle Grundstücke seien ohne ein Öffnen der Sperren zu erreichen. Die Rettungsdienste hätten die geeigneten Schlüssel, um die Absperrung im Notfall zu öffnen. Die Busse der Linie 121 könnten die Strecke passieren. Die Maßnahme sei mit moBiel abgestimmt.

Schwerpunkt des Schutzes sei die Sicherung der Hinwanderung der Frösche, Kröten und Molche zu ihren Laichgewässern und der sich anschließenden Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume.

Die Bürger und Bürgerinnen würden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen gebeten.

Frau Steinborn verliest die folgenden Mitteilungen:

### **Dauer der Arbeiten am Bolbrinker**

Auf Nachfrage von Herrn Spilker teilt der UWB mit, dass die Herstellung der Grünanlage am Regenrückhaltebecken Bolbrinker bis Ende Mai 2015 vorgesehen sei. Nach jetzigem Stand könne der Termin auch eingehalten werden.

Allerdings werde der Zugangsbereich Friedrich-List-Straße noch nicht fertiggestellt, da der Geschäftsbereich Stadtentwässerung wegen der zukünftigen Kanalbauarbeiten in der Friedrich-List-Straße diesen Bereich nochmal beanspruchen müsse.

### **Umbau der Beleuchtung in der Straße Johannistal**

Das Amt für Verkehr teile mit, dass die Verkabelung der Straßenbeleuchtung an der Straße Johannistal zwischen der Uhlandstraße und der Dornberger Straße fehlerhaft sei und die Hälfte der vorhandenen Leuchten und Masten abgängig sei. Im Zuge der Sanierung dieses Streckenabschnittes schlage die Verwaltung vor, die vorhandene Straßenbeleuchtung zurückzubauen und nur noch den Geh- und Radweg mit LED-Leuchten auf 5m hohen Masten zu beleuchten. Derzeit werde geprüft, ob Anliegerbeiträge anfallen würden. Die Gesamtkosten der Maßnahme beliefen sich auf ca. 61.000 Euro.

### **Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Bolbrinkersweg zwischen der Friedrich-List-Straße und dem Haller Weg**

Das Amt für Verkehr informiere, dass in der Straße Bolbrinkersweg,

zwischen der Friedrich-List-Straße und dem Haller Weg, fünf Masten aus Standsicherheitsgründen ausgetauscht werden müssten. Bei der Überprüfung sei zudem festgestellt worden, dass die Mastabstände für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straße zu groß seien. Deshalb solle ein weiterer Mast für die Straßenbeleuchtung aufgestellt werden, so dass in diesem Straßenabschnitt zukünftig sechs anstatt der bisher fünf vorhandenen Masten vorhanden seien. Die Masten für die Straßenbeleuchtung sollten mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handele sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage. Derzeit werde geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen würden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme würden ca. 11.500 Euro betragen.

**Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 5**

### **Vorstellung von Herrn Aubke als neuen Vorsitzenden des Seniorenrats**

Frau Pfaff begrüßt Herrn Dr. Aubke als neuen Vorsitzenden des Seniorenrates.

Herr Dr. Aubke bedankt sich für die Möglichkeit der persönlichen Vorstellung und stellt kurz seinen bisherigen persönlichen und beruflichen Werdegang dar.

Im Anschluss daran informiert er über die Arbeit des Seniorenrates:

Herr Dr. Aubke führt aus, dass der Seniorenrat die Interessen der über 60-jährigen in Bielefeld in allen Bereichen der Kommunalpolitik und des öffentlichen Lebens vertrete. Er setze sich für die Belange der älteren Generation ein: durch Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen an den Rat der Stadt, die Bezirksvertretungen sowie die Verwaltung. Die Arbeit des Seniorenrates orientiere sich insbesondere an tagespolitischen Ereignissen; es würden Probleme sichtbar gemacht, Lösungsvorschläge erarbeitet und für ihre Erledigung Sorge getragen. Er berate und unterstütze alle im Bereich der Seniorenarbeit tätigen öffentlichen und privaten Gremien und Einrichtungen. Der Seniorenrat wolle die Möglichkeiten der älteren Menschen in Bielefeld zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben verbessern und ausweiten. Er wolle den demografischen Wandel mitgestalten und bei einer demografie-orientierten Kommunalpolitik mitwirken. Der Seniorenrat suche sowohl den stärkeren Kontakt zu den Bezirksvertretungen als auch zu den Bürgerinnen und Bürgern, da Aufgaben und Ziele nur erreicht werden können, wenn ältere Bielefelderinnen und Bielefelder ihre Anregungen und Wünsche, sowie Lösungsvorschläge dem Seniorenrat mitteilen würden, um Bielefeld als seniorenfreundliche Stadt zu gestalten.

Darüber hinaus verweist Herr Dr. Aubke auf den Bielefelder Sozialfonds und wirbt für einen Einsatz als Starthelfer und unterstützende Spenden, um individuelle Notlagen von Bielefelder Seniorinnen und Senioren, die soziale Transferleistungen erhalten würden, zu lindern oder zu beseitigen.



Frau Steinborn merkt darüber hinaus an, dass nach § 2 Abs. 4 der Satzung des Seniorenrates die Mitglieder des Seniorenrates - wie jede andere Person auch - an öffentlichen Sitzungen der Bezirksvertretung als Zuhörer/in teilnehmen könnten.

Liege ein Antrag des Seniorenrates vor, zu einem bestimmten TOP die Anregung oder Stellungnahme des Seniorenrates der Bezirksvertretung vorzulegen, könne dem Vorsitzenden des Seniorenrates oder einem anderen vom Seniorenrat benannten Mitglied zu diesem Punkt das Wort erteilt werden. Weitere Teilnahmerechte des Seniorenrates an Sitzungen der Bezirksvertretungen würden weder die Satzung des Seniorates noch die Gemeindeordnung (§ 36 GO NRW) und die Geschäftsordnung des Rates (§ 21 GeschORat) vorsehen.

Herr Brunnert schlägt daraufhin vor, die Satzung entsprechend anzupassen.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 6**

**Anträge**

**Zu Punkt 6.1**

**Planung und Ausbau ÖPNV**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0865/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

*1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum befürwortet die Anbindung der Sennestadt/ Eckardtsheim an das Stadtbahnnetz, weil dadurch gegenseitig die Erreichbarkeit der beiden Stadtbezirke verbessert wird.*

*2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, für die Anbindung der Sennestadt/ Eckardtsheim an das Stadtbahnnetz eine integrierte Planung zu entwickeln, die auch für die Haltestellen Bethel und Friedrich-List-Straße und deren straßenverkehrliches Umfeld eine Verbesserung für alle Straßenverkehrsteilnehmer gewährleistet.*

Herr Meier, moBiel, und Herr Meyer, Amt für Verkehr, berichten zur Historie der ursprünglich geplanten Linie 5 und dem derzeitigen Sachstand. Aktuell gebe es keine konkrete Beschlusslage. Formal bestehe zwar immer noch ein Planungsauftrag durch den Grundsatzbeschluss des Rates der Stadt Bielefeld, aber die Umsetzung dieser anfänglichen Linienführung sei nicht mehr realistisch. Vielmehr könnten eventuell Teilstrecken der ehemaligen Linie 5, z. B. die Verlängerung der Linie 1 nach Sennestadt, weiter geplant werden. Sowohl moBiel als auch das Amt für Verkehr befänden sich diesbezüglich in Stand-by-Bereitschaft. Hier fehle es allerdings an einem konkreten Auftrag durch die Politik.

Frau Schneider und Herr Heimbeck erläutern nochmals die Intention für den Antrag der SPD-Fraktion und begründen diesen damit, dass Stillstand im öffentlichen Personennahverkehr auch gleichzeitig Rückstand

bedeute. Insbesondere zukünftig müsse auch der demographische Wandel berücksichtigt werden, da immer mehr ältere Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sein würden.

Herr Witte verweist auf die durchgeführte Bürgerbefragung und das negative Ergebnis. In diesem Zusammenhang macht er deutlich, dass die Realisierung der Linie 5 die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überstiegen hätte, was viele Bürgerinnen und Bürger sicherlich bewogen habe, mit einem „Nein“ zu stimmen. Im Übrigen erachte er als problematisch, sich gegen den „Bürgerwillen“ durchzusetzen. Vielmehr müsse die Bürgerin, der Bürger alternativ überzeugt werden, da die „Politikverdrossenheit“ ansonsten stetig zunehme.

Frau Schneider erwidert darauf hin, dass die Beweggründe, die zu der Negation der Bürgerbefragung geführt hätten, nicht hinreichend bekannt seien.

Herr Meier bestätigt, dass nicht klar sei, wogegen die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger letztendlich tatsächlich gestimmt hätten- ein Teil sei gegen die Verlängerung nach Heepen, ein Teil gegen die Verlängerung nach Sennestadt, andere seien gegen die Ausführung in Niederflur-Technik gewesen. Die gesamtstädtische Befragung habe sich in diesem Fall als problematisch erwiesen, wobei das „Nein“ sicherlich nicht ignoriert werden könne und solle. Man sollte sich jetzt auf eher kleinteiligere Maßnahmen wie die bereits angesprochene Verlängerung nach Sennestadt, sowie eine mögliche Barrierefreiheit in Brackwede fokussieren.

Herrn Spilker ist es wichtig, dass ein breiter Konsens innerhalb der Bürgerschaft gefunden werde- dazu müsste allerdings zunächst Klarheit darüber herrschen, was planbar und machbar sei. Dann könne auch eine entsprechende, qualifizierte Resonanz erwartet werden.

Herr Brunnert bittet zudem darum, eine Verbindung nach Eckardtsheim zu unterstützen, da insbesondere die Ortschaft Bethel diese brauche. Darüber hinaus erkundigt er sich nach den Fristen für die Beantragung von Fördermitteln.

Herr Meyer führt aus, dass es grundsätzlich auch Fördermöglichkeiten für kleinteiligere Maßnahmen gebe, macht aber zeitgleich deutlich, dass das ursprünglich angedachte Jahr 2019 nunmehr obsolet sei.

Herr Meier ergänzt, dass Zeitpunkt und Höhe einer etwaigen Förderbewilligung abhängig vom Bund sei- und hier sei die aktuelle Lage aus unterschiedlichsten Gründen sehr unklar.

**Die Bezirksvertretung einigt sich anschließend übereinstimmend darauf, diesen Punkt in eine gesonderte projektbezogene Sitzung „Verkehr“ zu verweisen.**

--

Frau Pfaff verweist auf die ursprünglichen Beschlüsse der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 02.10.2014 und 19.02.2015, in denen moBiel gebeten worden sei, an der Stadtbahnhaltestelle Friedrich-List-Straße (erneut) Sitzmöglichkeiten einzurichten und begrüßt zu dieser Thematik Herrn Till, moBiel, als Berichterstatter.

Herr Till erläutert umfassend die ablehnende Antwort von moBiel: Die Sitzmöglichkeiten seien im Juli 2003 abmontiert worden, weil auf diesem Hochbahnsteig ständig Mitbürger die vorhandenen Sitzmöglichkeiten blockiert und Alkohol konsumiert hätten. Dadurch hätten sich die Fahrgäste an dieser Haltestelle stark belästigt gefühlt, weshalb Polizei und hauseigener Sicherheitsdienst täglich vor Ort sein mussten. Nachdem die Sitzplätze abmontiert worden seien, habe sich die Aufenthaltsqualität um ein Vielfaches gesteigert.

Herr Brunnert merkt dazu an, dass der Beschluss am 19.02.2015 auf Grund dieser bekannten Problematik bewusst erweitert worden sei, und zwar dahingehend, dass als Kompromisslösung zunächst lediglich ein Sitz im vorderen (nichtüberdachten) und ein Sitz im hinteren (nichtüberdachten) Bereich des Bahnsteiges geschaffen werden sollte, damit sich keine Gruppierungen ansammeln könnten.

Herr Till erwidert darauf hin, dass Sitze überdacht sein müssten, da es sonst sicherlich zu massiven Beschwerden durch die Fahrgäste kommen würde. Zusätzliches Problem sei, dass es Einzelsitze nicht gebe, zudem würden sich die Kosten für einen Zweier-Sitzplatz auf ca. 2.000 Euro belaufen.

Frau Pfaff macht nochmals darauf aufmerksam, dass es gerade im Bereich der Ortschaft Bethel viele gehbeeinträchtigte Menschen gebe und verweist in diesem Zusammenhang auf eine aktuelle E-Mail der Marktkauf-Verwaltung, in der um Abhilfe gebeten werde, da sich bereits viele Kundinnen und Kundinnen beschwert bzw. angeregt hätten, Sitzmöglichkeiten an der besagten Haltestelle einzurichten.

Im Anschluss an die weitere Diskussion unterstreicht Herr Till, dass moBiel keinerlei Möglichkeiten sehe, Sitzmöglichkeiten an der Haltestelle zu errichten und begründet dies nicht mit der Kostenbelastung, sondern bezieht sich insbesondere nur auf die gesteigerte Aufenthaltsqualität.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 8**

**Beschluss über die Kanalbaumaßnahme Jöllenbecker Straße im Abschnitt Weststraße bis Melanchthonstraße sowie Information über das sonstige Bauprogramm 2015 - 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1049/2014-2020

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Information der Verwaltung über das sonstige Bauprogramm 2015 und 2016 im öffentlichen Straßenraum, soweit es den Stadtbezirk Gadderbaum betrifft, zur Kenntnis.

---

## Zu Punkt 9

### **Festlegung des Ausbaustandards für die Friedrich-List-Straße zwischen Artur-Ladebeck-Straße und Bolbrinkersweg Umgestaltung des Knotenpunktes Artur-Ladebeck-Straße/Friedrich-List-Straße/Quellenhofweg im Hinblick auf die Radverkehrsführung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1203/2014-2020

*(Anmerkung der Schriftführerin: Frau Metten-Raterink erklärt sich als direkte Anwohnerin zu Ziffer 1 der Vorlage als befangen und nimmt weder an Beratung noch Beschlussfassung teil.)*

Herr Hovermann, Amt für Verkehr, erläutert die Vorlage und geht dabei insbesondere auf die (potentielle) Park-Problematik in der Friedrich-List-Straße ein.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert zum Sachstand bezüglich des geplanten Mehrkostenvertrags mit der Fa. Oetker berichtet Herr Hovermann, dass dieser bereits erstellt sei und derzeit durch die Fa. Oetker rechtlich geprüft würde.

Herr Heimbeck beantragt, den Beschlussvorschlag um Ziffer 1b –gemäß der Vorbesprechung innerhalb der projektbezogenen Sitzung „Tiefbau und Verkehr“ der Bezirksvertretung Gadderbaum am 04.03.2015- wie folgt zu erweitern: *„Die Parkmöglichkeiten in Höhe des Werksverkaufs der Fa. Oetker an der Friedrich-List-Straße werden (bis auf Weiteres) beibehalten.“*

Sodann ergeht folgender, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichender,

#### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt:**

1a) Dem Ausbau der Friedrich-List-Straße zwischen Artur-Ladebeck-Straße und Bolbrinkersweg entsprechend dem beigefügten Ausbauquerschnitt wird zugestimmt (Anlage 1 zur Vorlage).

1b) **Die Parkmöglichkeiten in Höhe des Werksverkaufs der Fa.**

**Oetker an der Friedrich-List-Straße werden (bis auf Weiteres) beibehalten.**

-abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen-

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:**

**2) Der Umgestaltung des Knotenpunktes Artur-Ladebeck-Straße/Friedrich-List-Straße/ Quellenhofweg im Hinblick auf die Radverkehrsführung wird zugestimmt (Anlage 2 zur Vorlage).**

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

**Zu Punkt 10**

**Grünflächendatei- Bericht zum aktuellen Umsetzungsstand**

Frau Pfaff weist eingangs darauf hin, dass eine persönliche Berichterstattung durch den Umweltbetrieb in der heutigen Sitzung nicht erfolgen werde. Stattdessen liege ein schriftlicher Bericht zum aktuellen Sach- und Umsetzungsstand bezüglich der Grünflächendatei vor:

Das Organisationsgutachten durch das externe Beratungsbüro Dr. Steidle Consult, München, sehe für die vom Umweltbetrieb zu pflegenden Grünflächen (repräsentative Grünflächen, Park- und Grünanlagen, Sport-, Spiel- und Bolzplätze, Außenanlagen an Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder usw.) Musterpflegepläne vor, nach denen eine fachgerechte Grünflächenpflege möglich sei.

Grundsätzlich seien 5 Qualitätsstufen und 3 Pflegelevel vorgesehen. Aufgrund der begrenzten Ressourcen teile das Gutachten die Pflegepläne zusätzlich in Mindestpflege (d.h., die Gestaltungselemente der Grünanlagen würden zumindest in der Struktur erhalten und einem Minimum gereinigt, erlitten aber einen Qualitäts- und Substanzverlust) und Sicherheitspflege (mit dem nur noch die Sicherheit in den Anlagen gewährleistet werden könne) ein.

Gemäß Ratsbeschluss vom 29.03.2012 zur Vorlage der Verwaltung Drucksachen-Nr. 3378/2009-2014 vom 25.01.2012 solle jedoch der Pflegestandard garantiert werden, wie er sich Ende des Jahres 2010 präsentiert habe.

Deshalb sei die Überarbeitung der Pflegepläne für alle städtischen Grünanlagen notwendig, um auf die Bielefelder Gegebenheiten abzustellen und das sogenannte „Bielefelder Modell“ zu entwickeln.

Hierzu seien - und müssten auch weiterhin - alle sich im Grünflächenkataster zur Pflege digitalisierten Anlagen überarbeitet werden. Durch Grundstückshandel, Nutzungsänderungen und dem

Abgleich mit weiteren Fachbereichen seien bereits viele Veränderungen eingeflossen. Des Weiteren seien die Pflegeeinheit wie, z.B. Gebrauchsrasen, Hecken, Stauden, etc. aufgrund von Umplanungen und Umbauten anzupassen. Die Pflegehäufigkeit der einzelnen Pflegeeinheiten sei in Abhängigkeit der Level festzulegen und mit Arbeitsminuten zu bewerten. Erst nachdem sämtliche Pflegepläne für alle Anlagen überarbeitet und mit den betroffenen Ämtern abgestimmt seien, könnten Berechnungen erfolgen, ob die Pflegepläne mit den vorhandenen fachlichen und sachlichen Ressourcen umsetzbar seien. Evtl. müssten dann weitere Anpassungen erfolgen.

Erschwerend - zu dieser ohnehin schon gewaltigen Aufgabe - sei nach dem o.g. Ratsbeschluss hinzugekommen, dass sich durch Personalwechsel und personelle Vakanzten Verzögerungen in der Bearbeitung ergeben hätten. Zusätzlich hätten aufgrund aktueller Rechtsprechungen zur Verkehrssicherung die Arbeiten am städtischen Baumkataster vorgezogen werden müssen.

Im Betriebsausschuss des Umweltbetriebes sei deshalb am 02.04.2014 berichtet worden, dass diese Arbeiten nicht vor Ende 2015 abgeschlossen werden könnten.

Eine allumfassende Vorlage der Pflegepläne in allen politischen Bezirken und damit auch in der BV Gadderbaum sei daher derzeit noch nicht möglich.

Nach derzeitiger vorläufiger Terminplanung solle im April 2015 die Vorstellung des „Bielefelder Modells“ – mit eingefrorenen Daten – mit der Betriebsleitung des UWB im Dezernat erfolgen. Im Anschluss hieran und nach notwendiger verwaltungsinterner Abstimmung seien dann Terminabsprachen über die Geschäftsführungen der Bezirksvertretungen möglich. Die frühestmögliche Beteiligung könne ab dem Sitzungstermin der Bezirksvertretungen (ab 11. Juni) stattfinden.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 11**

**Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1193/2014-2020

Herr Feix, Sozialamt, erläutert die Vorlage und geht insbesondere auf den dringenden Handlungsbedarf, der sich für die Stadt Bielefeld ergebe, ein.

Frau Pfaff merkt an, dass sie bereits persönlich tätig geworden sei, und mit gezielter Ansprache eine Mietwohnung für eine Flüchtlingsfamilie gefunden hätte. Sie appelliert an die Mitglieder der Bezirksvertretung, ihrerseits ihre Kontakte in Gadderbaum dafür zu nutzen, dass ebenfalls Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden könne.

Ebenso befürwortet die Bezirksvertretung einen gerichteten Appell an die Bevölkerung und gezielt an private Vermieter und Vermieterinnen, freien

Wohnraum für kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten zu melden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Vorlage zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Bielefeld zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 12

### **Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau von Straßen und Kanälen sowie die Reihenfolge für die Errichtung von Straßenbeleuchtungen, für Überquerungshilfen, Radwege und Buswartehäuschen**

Frau Pfaff verweist auf die projektbezogene Sitzung „Tiefbau und Verkehr“ am 04.03.2015 und die daraus resultierende Prioritätenliste, die den Mitgliedern der Bezirksvertretung vorliegt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Gadderbaum legt die Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau von Straßen, für Überquerungshilfen sowie für Fuß-/Radwege wie folgt fest:

#### **Straßenbau:**

1. Handwerkerstraße
2. Quellenhofweg von Ebenezerweg bis Höhe Maraweg  
(ABK Folgemaßnahme)
3. Saronweg
4. Remterweg zw. Grenzweg u. Bethelweg (ABK Folgemaßnahme)
5. Landgrafweg (ABK Folgemaßnahme)

#### **Ohne Festlegung der Priorität (in alphabetischer Reihenfolge):**

- Am Botanischen Garten
- Am Großen Feld
- Am Siek
- An der Hirte
- An der Rehwiese
- Deckertstraße
- Eggeweg zw. Artur- Ladebeck- Str. u. Astastr. (ABK Folgemaßnahme)
- Gadderbaumer Str. Kreisverkehr
- Gadderbaumer Str. zw. Kantensiek u. Mühlendamm
- Grete- Reich- Weg
- Haller Weg zw. Deponiezufahrt u. Hs. Nr. 96

- Heinrich- Kraak- Str. ABK Folgemaßnahme
- Hohenzollernstr. Einmündungsbereich
- Kalkbergweg
- Karl - Schnittger – Str.
- Maraweg
- Ramaweg
- Remterweg zw. Gilead IV und Haus Enon
- Roßstr.

**Deckenerneuerung:**

- Artur- Ladebeck- Str. zw. Gadderbaumer Str. u. Mühlendamm
- (stadteinwärts)
- Eggeweg – 2 Teilbereiche
  - a.) zw. Bodelschwinghstr. u. Windfang
  - b.) zw. Windfang u. Deckertstr.
- Hohenzollernstr. zw. Lönsweg u. Langenhagen
- Hohe Luft
- Windfang zw. Eggeweg u. Hs. Nr. 79

**Fuß- / Radverkehr:**

1. Bodelschwinghstr. zw. Eggeweg und Promenade
2. Knotenpunkt Artur- Ladebeck- Str. / Gadderbaumer Str. / Haller Weg, hier: Ast Gadderbaumer Str.

**Überquerungshilfen:**

- Haller Weg/Einmündung Hohenzollernstraße

**Maßnahmen zur Schulwegsicherung:**

- Überquerungshilfe Lutterstraße / Ecke Haller Weg

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 13**

**Verwendung der bezirklichen Kulturmittel in 2015**

*(Anmerkung der Schriftführerin: Frau Schneider erklärt sich –als Mitglied des Arbeitskreises Gadderbaumer Osterfeuer- für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)*

Frau Pfaff weist darauf hin, dass insgesamt 2.835 Euro bezirkliche Kulturmittel zur Verfügung stünden. Da sich die Stadt derzeit in der vorläufigen Haushaltsführung befinde, könnte zunächst lediglich über 80 % (=2.268 Euro) entschieden werden.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender



**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt aus den bezirklichen Kulturmitteln 2015:

- 129,00 Euro für die Anschaffung einer neuen Feuerschale für das Gadderbaumer Osterfeuer
- 357,00 Euro für die Erstellung des Kurzfilms über das Verkehrsaufkommen am Beteleck
- 1000,00 Euro für die Veranstaltung „Musik auf dem Bethelplatz“ am 15.08.2015
- 500,00 Euro für den Pella-Film-Club des Begegnungszentrums Pellahöhe

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 14      Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 14.1    Freibad Gadderbaum - Bericht zum aktuellen Sachstand**

Frau Pfaff zeigt Fotos der aktuellen Bauarbeiten am Gadderbaumer Freibad und berichtet, dass die Fliesen von den Beckenwänden abgeschlagen, der Beckenkopf mit der Überlaufrinne abgefräst, die Wendeltreppe neben dem Schwimmmeisterstandort abgebaut und die Mauern zum Sportplatz hin und die Mauern auf der gegenüberliegenden Seite weggerissen worden seien. Zudem habe die BBF im großen Gebäude alle Räume geleert. Der BBF-Aufsichtsrat werde am 25.03.2015 dazu tagen, ob die von der BBF-Geschäftsführung errechneten Kosten für die Teilsanierung ausreichen oder nachgebessert werden müssen. Des Weiteren werde der Aufsichtsrat darüber befinden, ob über die vom Bürgerentscheid festgelegte Teilsanierung hinaus, weitere Baumaßnahmen am Gebäude stattfinden sollen. An dieser zusätzlichen Sanierungsentwicklung sei der Freibadförderverein nicht beteiligt.

Der Vereinsvorstand habe am 26.03.2015 ein Informationsgespräch mit dem BBF-Geschäftsführer, Herrn Bruns, und am 27.03.2015 ein Beratungsgespräch mit dem Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler, für den Fall, dass rechtlich reagiert werden müsse.

Darüber hinaus berichtet Frau Pfaff, dass der WDR am heutigen Tage für die Aktuelle Stunde im Freibad gedreht habe.

Am Samstag, den 28.03.2015, werde es eine Osteraktion des Fördervereins vor dem Marktkauf geben und im Juni einen großen Flohmarkt auf dem Freibadparkplatz.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.--

**Zu Punkt 14.2 Zurverfügungstellung einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel für den Einsatz im Stadtbezirk Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1075/2014-2020

Beschluss vom 19.02.2015:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, dem Stadtbezirk Gadderbaum ein sog. Verkehrsdisplay (auf Zeit) zur Verfügung zu stellen.*

Frau Pfaff teilt mit, dass das Display von der Fachverwaltung zur Verfügung gestellt werden könne. Die Details müssten im Einzelnen noch mit dem Amt für Verkehr und dem Verkehrsclub Deutschland, Kreisverband Ostwestfalen-Lippe, geregelt werden. Da die Bezirksvertretung in einer der nächsten Sitzungen über mögliche Einsatzorte beschließen sollte, bittet sie die Mitglieder des Gremiums um Vorschläge über das Stadtbezirksmanagement zum Aufstellen/Aufhängen des Displays.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.--

**Zu Punkt 15 Besucherinformationszentrum Burg- und Festungsanlage Sparrenburg  
Infopunkt Parkanlage Johannisberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1157/2014-2020

*(Anmerkung der Schriftführerin: Der Punkt wurde nach TOP 12 behandelt; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

Herr Otterbach, ISB, erläutert die Informationsvorlage und zeigt dazu Fotos vom Informationspunkt auf dem Johannisberg. Im Zusammenhang mit dem Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 19.02.2015, die Toilettenanlage am Informationspunkt um gut sichtbare Damen-/Herrenschilder zu vervollständigen, berichtet er, dass die ausgestanzten Lettern an den Türen nun aluminiumfarbig hinterlegt worden seien. Der Beschluss sei somit umgesetzt worden. Zu der ausgebrochenen Ecke am Infopunkt führt er zudem aus, dass hier ein Schneeräumfahrzeug des UWB kollidiert sei. Es habe bereits ein Termin vor Ort mit der Fachfirma stattgefunden, die den Schaden zeitnah beheben und fachgerecht ausbessern würden. Herr Otterbach macht diesbezüglich auch nochmals deutlich, dass es sich bei dem verwendeten Material Stampfbeton lediglich um eine dekorative Außengestaltung handele. Der Infopunkt per se sei solide und robust

gebaut.

Herr Brunnert hinterfragt kritisch, inwiefern Alterung und „Abbröselung“ des Stampfbetons gewollt seien. Eine Unterscheidung zwischen geplanter/gewollter Marodierung und Planungs- bzw. Ausführungsfehlern sei durch fehlende DIN-Normen für die Verarbeitung von Stampfbeton sehr schwer. Darüber hinaus bemängelt Herr Brunnert, dass sowohl die Toilettenanlage als solche nicht zu erkennen sei und dass ein geeigneter Hinweis auf das gesamte Informationszentrum fehle. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich auch, ob die bereits bestehende Tafel mit dem Stadtplanausschnitt und dem roten Informationshinweis erhalten bleibe.

Herr Otterbach weist bezüglich der Toilettenanlage darauf hin, dass diese bewusst nicht zusätzlich beschildert sei, weil es sich dabei nicht um eine öffentliche Toilette im eigentlichen Sinne handele.

Herr Spilker merkt zu der Vorlage an, dass das eigentliche Thema nicht die architektonische Exzellenz dieses Baus sein könne, vielmehr handele es sich bei dem Informationspunkt auf dem Johannisberg um einen Funktionsbau, der einen bestimmten Zweck erfüllen sollte. Er geht auch darauf ein, dass der Bezirksvertretung der Aspekt des gewollten „Verfalls“ im Vorfeld der Beratungen und Planungen nicht hinreichend bekannt gewesen sei.

Herr Otterbach merkt dazu an, dass das dem damaligen Planungstand geschuldet gewesen sei und unterstreicht aber, dass es zwar einen Pflege bzw. Unterhaltungsaufwand für das Gebäude gebe, aber im Vergleich zu anderen Bauten keinen immensen Instandhaltungsaufwand.

Herr Heimbeck spricht sich für die Architektur des Infopunktes aus, die in seinen Augen einem Sinnbild von Fortschrittlichkeit entspreche. Hier sei etwas gewagt worden, das über die typisch ostwestfälische Bauweise hinausgehe.

Herr Witte betont, dass die geäußerte Kritik –auch insbesondere an der Optik- nicht zielführend sei und erinnert daran, dass der Infopunkt in erster Linie seine Funktion erfüllen müsse, was er unbestreitbar leiste.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-